

Jens, Uwe

**Article**

## Innovative, evolutorische Wirtschaftspolitik in den Regionen

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Jens, Uwe (2001) : Innovative, evolutorische Wirtschaftspolitik in den Regionen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 02, pp. 28-33

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163579>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**Die neoklassische Wirtschaftstheorie hat sich nur unzureichend mit der Entwicklung von Räumen und Regionen auseinandergesetzt: Entscheidend für die Lieferung von Gütern über den engeren Bereich eines Raumes hinaus, ist die Höhe der Transportkosten. Neuere Überlegungen zur regionalwirtschaftlichen Entwicklung greifen aber weitere Faktoren, die der evolutorischen Wirtschaftstheorie zugeordnet werden können, auf, die für die Entwicklung eines Raumes von Bedeutung und wesentlich realitätsbezogener sind.**

Um die so genannte »Standortdebatte« ist es in Deutschland ruhiger geworden. Mit der im allgemeinen positiven Handelsbilanz hatte es die Bundesrepublik immer schwer, von mangelhafter internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu sprechen. Nur wenige Fachleute wussten, dass die Handelsbilanz mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft kaum etwas zu tun hat. Die Vereinigten Staaten haben seit längerer Zeit eine negative Handelsbilanz, aber sind heutzutage international gesehen extrem wettbewerbsfähig. Für das Verkaufen von Waren und Dienstleistungen auf internationalen Märkten sind noch immer »komparative« Vorteile und die Preise hauptverantwortlich. Die Preise werden durch viele Faktoren, aber bekanntlich auch durch Produktivität und Wechselkurse bestimmt.

Gemeint war bei der Debatte über die mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft wohl eher die Entwicklung der langfristigen Kapitalströme. Dieses Kapital floss in den vergangenen Jahren in andere Länder, ebenfalls in die Vereinigten Staaten. Aber auch dies hat wenig mit Wettbewerbsfähigkeit zu tun, viel mehr dagegen mit Rendite- und Zinserwartungen. Geradezu gefährlich war es, wenn behauptet wurde, dass der weltweite Wettbewerb zwischen den USA und Japan oder der EU und den Tigerstaaten in Asien verantwortlich für unser Beschäftigungsproblem sein soll. Deshalb forderte man Deregulierung; Steuersenkungen und den Abbau von Sozialleistungen verschiedenster Art. Der »Standort Deutschland« musste wieder fit gemacht werden, damit ausländisches Kapital hereinfließt, die Investitionstätigkeit anspringt und zusätzliche Beschäftigung geschaffen wird. Einiges ist mittlerweile auch geschehen. Die Steuerreform wird gerade im Unternehmensbereich die

Steuerlast spürbar senken; die Lohnstückkosten haben eher sinkende statt steigende Tendenz; der Anstieg der Lohnnebenkosten wurde gestoppt und einige wenige bürokratische Wucherungen konnten vermindert werden. Die Protagonisten dieser »Standorttheorie« wurden auch deshalb leiser, weil schon vorher der Export in Deutschland vor allem wegen der Euro-Schwäche boomte.

Ein schlimmer Fehlschluss, der sich aus dieser Standortdiskussion ergab, war die Verbreitung von Furcht vor der wirtschaftlichen Entwicklung des Auslandes. Viele Arbeitslose dachten und denken noch immer, dass sie ihr Los der expansiven Entwicklung in den aufstrebenden Ländern – den sog. Schwellenländern – verdanken. Weil Japan, Korea, Taiwan und China wirtschaftlich erfolgreich sind, sollen bei uns Arbeitsplätze verloren gehen. Aber das ist ein ziemlicher Unsinn, der dringend zu Recht gerückt werden muss. Im Allgemeinen hat gerade Deutschland mit diesen aufstrebenden Ländern eine positive Handelsbilanz und das heißt, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zur Absicherung von Arbeitsplätzen beitragen und nicht zum Abbau. Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist eben kein Nullsummenspiel. Im Gegenteil: je mehr Länder in den weltwirtschaftlichen Wirtschaftsaustausch eintreten, desto besser floriert unsere eigene Wirtschaft, wenn wir richtig darauf reagieren.

Es ist eben sehr bequem und eingängig, den Leuten einzureden, unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben mit der starken Wettbewerbsposition anderer Länder zu tun. Diese falsche Argumentation hat sicherlich mit dazu beigetragen,

\* Dr. Uwe Jens ist Mitglied des Deutschen Bundestages.

tragen, dass die anfangs erwähnten Maßnahmen endlich ergriffen wurden und das ist gut so. Die Fehlinterpretation birgt aber ferner die Gefahr, dass Handelskonflikte weiter zunehmen. Die Diagnose »mangelnde Wettbewerbsfähigkeit« im internationalen Vergleich, kann leicht für protektionistische Maßnahmen missbraucht werden. Das geschah bereits, wird fortwährend versucht, und das kann immer wieder geschehen. Kurz gesagt: es stimmt nicht, dass verschiedene Länder – wie Unternehmen – in einem scharfen Wettbewerb miteinander stehen. Es kommt vielmehr darauf an, dass eine Volkswirtschaft oder Region über eine hohe Arbeitsproduktivität verfügt. Wenn die Produktivität hoch ist, können hohe Löhne, Sozial- und Umweltkosten durchaus verkraftet werden. Die größte Gefahr der Diskussion über die mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft besteht m.E. darin, dass damit das wichtigste Ziel, die Steigerung der Produktivität in einer Volkswirtschaft oder Region missachtet werden kann. Nur den Blick auf mögliche Probleme richten, die von außen kommen, ergibt keinen Sinn. Jede Region oder Volkswirtschaft hat es selbst in der Hand, ob sie ihre Produktivkräfte fortentwickelt oder nicht. Am wichtigsten ist dabei – wie gesagt – die Steigerung der Produktivität. Die Steigerungsrate beim Lebensstandard einer Volkswirtschaft entspricht noch immer ziemlich genau der Zuwachsrate der Inlandsproduktivität (Krugman 1999, S. 27 ff.). Darauf kommt es also in Zukunft entscheidend an; die Verantwortlichen für die Politik müssen für ihren Bereich in erster Linie eine offensive, zukunftsorientierte Politik zur Steigerung der Produktivität betreiben.

### Neuere theoretische Überlegungen zur regionalen Entwicklung

Die neoklassische Wirtschaftstheorie hat sich mit den Problemen der Entwicklung von Räumen und Regionen nur unzureichend auseinandergesetzt. Entscheidend für die Lieferung von Gütern über den engeren Bereich eines Raumes hinaus, war die Höhe der Transportkosten. Güter mit hohen Transportkosten konnten keinen Exportmarkt finden; Waren und Güter mit extrem niedrigen Transportkosten konnten dagegen überall hingeliefert werden. Die Transportkosten sind für die Neoklassiker die entscheidende Größe für die Ausweitung der Märkte. Da die Transportkosten in den letzten Jahrzehnten eine ständig sinkende Tendenz ausweisen, lässt sich daraus auch ein Teil der Zunahme der weltweiten Wirtschaftsverflechtung erklären.

Ob diese Entwicklung allerdings anhält, kann mit guten Argumenten bezweifelt werden, auf die wir hier aber nicht näher eingehen wollen. Die neueren Überlegungen zur regionalwirtschaftlichen Entwicklung u.a. von Krugman (1993; 1996) greifen aber weitere Faktoren auf, die für die Entwicklung eines Raumes von Bedeutung sind. Für Krugman vollzieht sich die Entwicklung in »industriellen Kernen« oder »urba-

nen Zentren«. Hier findet so etwas wie »wirtschaftliche Entwicklung« wegen großer Märkte statt; hier gibt es hochspezialisierte Produktion und steigende Skalenerträge. Aber neben den »Economies of scale« spielen bei ihm weiterhin die Transportkosten eine Rolle; sie haben für ihn jedoch eine zweifache Wirkung: Sie vereinfachen zum einen die Möglichkeit, eine dezentrale Produktion aufzubauen, also dort zu produzieren, wo die Produktionskosten niedrig sind; sie erleichtern aber auch die Produktion in einer Region mit hohen Skalenerträgen, da dann von hier aus überallhin geliefert werden kann! Auch diese Überlegungen relativieren die Bedeutung der Transportkosten für die raumwirtschaftliche Entwicklung. Die so genannten Skalenerträge gründen sich ferner auf den vermehrten Einsatz von Arbeit und Kapital, den neoklassischen Produktionsfaktoren. Diese Skalenerträge fallen nicht im gleichen Maße beim Produktionsfaktor »Wissen« an. Wissen ist bekanntlich der einzige Produktionsfaktor, der sich bei Gebrauch vermehrt und nicht abnutzt. Bei wachsender Absatzmenge wird es bei diesem Faktor nicht mehr um steigende Erträge, sondern um zunehmende Aufwendungen gehen müssen. Krugman greift zur Erklärung von wirtschaftlichen Entwicklungen in Regionen deshalb auch noch auf weitere Faktoren zurück, die der evolutischen Wirtschaftstheorie zugeordnet werden können. Dazu gehören die so genannten »Linkage-Effekte«. In den Entwicklungsräumen lassen sich vor allem Produzenten von Vorprodukten, also Zulieferbetriebe nieder, weil sie einen entsprechenden Absatzmarkt vorfinden. Ferner sind für ihn die so genannten technologischen »Spill-overs« von Bedeutung; das sind technologische Externalitäten, von denen andere, neue Unternehmen profitieren. Die dadurch entstehenden »High technology clusters« sind für ihn allerdings weniger das Ergebnis engagierter Unternehmer; sondern eher das Werk »visionärer Bürokraten«. So breiten sich »Wissenspole« aus, und »Megatrends« setzen sich durch. Indem er darauf hinweist, wie wichtig eine eigene Strategie zur Entwicklung von wirtschaftlichen Räumen ist, greift er die so genannten Infant-industries-Argumente auf, die ja auch durchaus mit dem WTO-Abkommen vereinbar sind. Im Übrigen geht Krugman davon aus, dass für die wirtschaftliche Expansion eines Raumes nicht nur »Economies of scale; niedrigere Transportkosten, Backward und Forward linkages«, visionäre Bürokraten, sondern vor allem auch »unvollkommene Märkte« wichtig sind. Hier knüpft er an Überlegungen von Schumpeter an, der bekanntlich den Großunternehmen auf oligopolistischen Märkten wesentlich größere wirtschaftliche Entwicklungsdynamik zutraute, als der »Schlafmützenkonkurrenz« eines vollkommenen Marktes.

### Ansätze einer evolutischen Wachstumstheorie

Die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens haben sich für die deutschen Unternehmen in den letzten Jahren dramatisch verändert. Die Internationalisierung oder Globalisierung

schaft neue Niederlassungsmöglichkeiten; der Wettbewerb für die Unternehmen aus dem Ausland hat kräftig zugenommen. Die Zunahme bzw. Ausweitung regionaler Wirtschaftszonen führt tendenziell zur Angleichung der so genannten »harten« Standortfaktoren für die Unternehmen, wie es ebenfalls in der Bundesrepublik geschah. Dadurch werden zugleich sog. »weiche« Standortfaktoren an Bedeutung zunehmen, weil nur sie noch auf z.T. nationaler oder regionaler Ebene zu gestalten sind (Nefiodow 1996, S. 128 f.). Wir meinen aber, dass gerade der regionalen Ebene für die Gestaltung dieser »weichen« Standortfaktoren, wie dem allgemeinen Wirtschaftsklima, der Bereitschaft zum Strukturwandel oder den Ausbildungsmöglichkeiten u.a. außerordentliches Gewicht zukommt.

Trotz der mit der Internationalisierung verbundenen Zunahme des potentiellen Wettbewerbs für die Unternehmen bleibt es dennoch in Zukunft wichtig, den Wettbewerb als Innovationsmotor auf nationaler Ebene und in den Regionen zu stärken. Dazu gehört vor allem eine Politik der Deregulierung oder der Offenhaltung aller Märkte (Körner 1998), aber auch eine aktive Wettbewerbspolitik des Staates. Die direkte oder indirekte Unterstützung für Forschung und Innovationen sollte sich aber nicht – wie wir meinen – auf Großunternehmen konzentrieren, die auf oligopolistischen Weltmärkten agieren, sondern eher auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet werden. Dies wäre dann wiederum ein Beitrag zur Förderung des Wettbewerbs im eigenen Lande und zur Sicherung der Dezentralität der Produktion in der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Vor allem aber hat die ökonomische Wissenschaft aufgrund dieser Entwicklung sich verstärkt bemüht, den Gedanken eines Joseph Schumpeter wieder näher zu treten. Er hat schon Anfang dieses Jahrhunderts mit besonderem Nachdruck auf den Einfluss von technologischem Wissen und Innovationen für die Entwicklung einer Volkswirtschaft hingewiesen. Von Schumpeter (1911) wird besonders darauf aufmerksam gemacht, dass der technologische Fortschritt im Allgemeinen externe Effekte positiver Art hervorbringt. Vom Wachstum durch technologischen Fortschritt profitieren über kurz oder lang auch andere Unternehmen, die Imitatoren oder Nachahmer und letztlich alle Verbraucher (Hanusch 1995). Wachstum ist für ihn immer mit Innovationen, mit qualitativen Neuerungen verbunden. Mit gerade diesen Innovationen kann es in Zukunft gelingen, den bislang in der politischen Diskussion strapazierten Konflikt zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum zu vermindern oder gar zu überwinden. Auf diese Weise kann wirtschaftliches Wachstum dann dem Prin-

zip der Nachhaltigkeit durchaus gerecht werden. Nur mit Hilfe dieser Innovationen wird es im Zuge der Globalisierung gelingen, in der Wirtschaft wieder hohe Beschäftigung zu schaffen, die Produktivität der Wirtschaft zu steigern, um echte soziale Errungenschaften in der Bundesrepublik zu erhalten. Schumpeter selbst hatte kein ausgereiftes Wachstumsmodell vorgelegt. Er hat aber insbesondere auf die aus dem Wachstumsprozess selbst resultierenden, die endogenen Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen. Seine Überlegungen stehen jetzt für die sog. evolutorische Wachstumstheorie und -politik Pate (Freemann 1994; Nelson 1995; Dinopoulos 1994). Danach sind alle politischen Maßnahmen, die den Wachstumsprozess einer Volkswirtschaft fördern, unter die Rubrik »evolutorische Wachstumspolitik« einzuordnen. Zu dieser Politik gehören dann nicht nur die Forschungs- und Innovationspolitik, sondern alle Politikbereiche, die das Wachstum einer Volkswirtschaft erhöhen, z.B. u.a. die Wettbewerbspolitik, die Struktur- oder die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, um nur einige Bereiche zu nennen.

#### *Neoklassische versus evolutorische Theorie*

Wir versuchen im Folgenden, die wichtigsten Unterschiede zwischen der neoklassischen und der evolutorischen Wachstumstheorie stichpunktartig herauszuarbeiten. Vorab sei aber darauf hingewiesen, dass negative Aspekte des technologischen Fortschritts in beiden Ansätzen nicht hinterfragt werden. Das Problem der Verbesserung einer Technikfolgenabschätzung, wie sie in ersten Ansätzen vom Bundestag versucht wird, soll hier nicht behandelt werden. Es muss ferner erwähnt werden: der technologische Fortschritt setzt sich immer nur dann durch, wenn die entsprechende Nachfrage nach den neuen Produkten oder Dienstleistungen vorhanden ist oder geschaffen werden kann. Abstruse Erfin-

<b>Neoklassische Wachstumstheorie</b>	<b>Evolutorische Wachstumstheorie</b>
(Neue Wachstumstheorie/Industrieökonomik)	(Schumpeterianische Wachstumstheorie)
Produktionsvorgänge werden durch Arbeit und Kapital erklärt.	Wichtiger für Produktion: Wissen, Energie, Umwelt u.a.
»Homo Oeconomicus« fragt nach Rendite, Ertrag, Einkommen.	»Homo Creativus« fragt nach Neuerung, Entwicklung, Innovationen.
Es wird ein Gleichgewicht angestrebt; »Sozialökonomisches Optimum«.	Innovationen zerstören das Gleichgewicht. Gleichgewicht wird immer wieder in Frage gestellt.
Im Vordergrund steht die Analyse der Preisbildung auf Arbeits- und Gütermärkten.	Wichtigste Frage: Wie kommen Innovationen zustande: Bildung, Ausbildung, Wissensmanagement; Förderung von F.u.E.
Angebotsorientierte Politik will Renditebedingungen verbessern.	Politik soll Wirtschaftswachstum fördern, technischer Fortschritt endogen.
Wettbewerbspolitik soll Preissystem verbessern (statische Funktionen).	Wettbewerbspolitik soll Innovationen fördern (dynamische Funktionen).
Zur Wachstumsförderung Faktor Arbeit und Kapital verbilligen (Cost cutting).	Endogene Wachstumskräfte fördern – Investitionen, Innovationen, Ausbildung, u.a.

dungen, die kein Mensch haben will, sind zwar Erfindungen, aber keine bahnbrechenden Innovationen.

Das neoklassische Wachstumsmodell, das immer um ein Gleichgewicht bemüht ist, kann u.E. für Zukunftsfragen kaum ein akzeptabler Bezugsrahmen sein; für eine Wirtschaft, in der sich technischer Fortschritt endogen entwickelt und Innovationen eine notwendige Bedingung der Entwicklung darstellen (Cantner 1995; Hanusch und Cantner 1997; Nefiodow 1996, S. 123 ff.). Kurz zusammengefasst: Während die neoklassische Analyse nach Gleichgewichten und gleichgewichtigen Entwicklungspfaden sucht, geht es der evolutorischen Wachstumstheorie in der Analyse um die Kräfte des Wandels, um ungleichgewichtige Entwicklungspfade. Dies scheint uns wesentlich realitätsbezogener zu sein!

### *Evolutionäre Wachstumspolitik*

Nach diesem kurzen Überblick über die Unterschiede zwischen dem neoklassischen und dem evolutorischen Ansatz der Wirtschaftstheorie wenden wir uns jetzt den aktuellen Gegebenheiten einer evolutorischen Wachstumspolitik zu. Wir greifen hierbei u.a. auf Überlegungen von Horst Hanusch, Uwe Cantner und Leo Nefiodow zurück.

In der evolutorischen Wachstumspolitik bekommt zunächst die Wettbewerbspolitik und der Marktmechanismus eine neue Zielrichtung. Beide haben nicht mehr das Ziel, die Einzelpläne der Wirtschaftssubjekte auf ein Gleichgewicht hin zu koordinieren, sondern – wie schon angedeutet – geht es um die Förderung der dynamischen Funktionen des Wettbewerbs. Es geht um die Beschleunigung von Mutationen (Innovationen) und um die Selektion im Wettbewerbsprozess zwischen Unternehmen; der Wettbewerb sorgt dafür, dass sich bessere Unternehmen mit besseren Ideen und Produkten durchsetzen. Die Politik hat aus dieser Sicht stets für einen funktionsfähigen Wettbewerb zu sorgen, der Druck auf Neuerungen erzeugt und den Unternehmen deutlich macht, dass der Absatz ihrer jetzigen Produkte stets zeitlich limitiert ist. Im Mittelpunkt dieser Überlegungen steht dann die Öffnung der Märkte, der Abbau von Eintrittsschranken und z.B. gleiche Informationsmöglichkeiten für alle Marktteilnehmer.

Zur evolutorischen Wachstumspolitik passen nicht mehr so richtig die auf mikro-, meso-, aber ebenfalls auf makro-ökonomischer Ebene praktizierten Überlegungen des so genannten »Benchmarking«, des zwischenbetrieblichen, interregionalen oder volkswirtschaftlichen Vergleichs. Aus evolutorischer Sicht gibt es keine optimalen Gegebenheiten von Entwicklungsprozessen. »Alles fließt«, und bei einem möglichen Vergleich haben sich die Fakten bereits wieder so verschoben, dass er nicht längere Zeit aussagekräftig sein kann.

Da es der Evolutorik vor allem um Innovationen geht, spielt hier ferner die Technologiepolitik eine besondere Rolle. Eine nachgelieferte Begründung für staatliche Interventionen, die Forschung, Technologieentwicklung und Innovationen fördern will, sind die sog. Spillover. Diese Spillover werden als zusätzliche Chance betrachtet. Daraus ergibt sich, dass die Volkswirtschaft insgesamt nicht mehr als ein System miteinander konkurrierender, sondern eher als ein Geflecht komplementärer Wirtschaftseinheiten angesehen werden muss. Wenn das so ist, geht es in Zukunft um den Aufbau sog. technologischer Netzwerke oder von neuen Informations- und Innovationssystemen. Dazu können dann z.B. strategische Allianzen zwischen bestimmten Unternehmen, Wissenschafts- oder Technologieparks, Gesprächskreise und möglicherweise der Aufbau von Innovationszirkeln auf regionaler Ebene gehören.

Unter diesen Aspekten ändern sich ebenfalls die wirtschafts- und technologiepolitischen Empfehlungen an den Staat. Bisher hat er vielfach mit direkten finanziellen Hilfen für ganz konkrete Projekte (Atomwirtschaft, Flugzeugindustrie, Mikroelektronik u.a.m.) vor allem an die Großindustrie versucht, Entwicklungen zu forcieren, bei denen die Bundesrepublik einen Rückstand gegenüber anderen Ländern aufwies. Ihm wurde damit ein Wissen von der Großwirtschaft oktroyiert, das sich nicht selten später als falsch herausgestellt hat (z.B. SNR 300, Hochtemperaturreaktor, Wiederaufbereitungsanlagen, Aufbau eigener Chipproduktion). Aus der Sicht der Evolutorik geht es vielmehr darum – vergleichbar der Entwicklungsbemühungen in Japan –, u.a. technologische Kooperationen zu initiieren, technologisches Wissen an möglichst viele Marktteilnehmer zu übermitteln oder innovative Netzwerke aufzubauen.

Unter den Prämissen der evolutorischen Wachstumspolitik bekommt auch die Förderung des Humankapitals, also Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, ein besonderes Gewicht. Es gilt, in allen Bildungseinrichtungen, von der Hauptschule bis zur Universität, bessere Voraussetzungen zu schaffen, damit die kreativen Möglichkeiten und die innovativen Chancen etwa im High-Tech-Bereich nachhaltig verbessert und genutzt werden (Hanusch 1995, S. 25). Der Wohlstand unseres Landes hängt entscheidend und in Zukunft vermehrt davon ab, dass es uns gelingt, zukünftige Entwicklungen kreativ und innovativ zu gestalten. Die Bundesrepublik ist jedoch bereits bei den sog. Hochtechnologie-Produkten gegenüber Japan und den Vereinigten Staaten zurückgefallen. Es ergibt keinesfalls immer einen Sinn, diesen Rückständen in bestimmten Bereichen hinterherzuhecheln und um Ausgleich zu kämpfen; es kommt vielmehr für uns darauf an, nicht in allen, aber in einigen Bereichen der Wirtschaftsentwicklung wieder eine führende Position einzunehmen.

*Wachstumspolitische Instrumente aus evolutorischer Sicht*

Im Rahmen der bisherigen Technologiepolitik haben direkte oder indirekte finanzielle Fördermaßnahmen stets besondere Bedeutung gehabt. Auf die Differenzen zwischen direkter und indirekter Förderung soll hier nicht näher eingegangen werden; richtig ist in jedem Fall, dass von der bisherigen Technologieförderung vor allem große Unternehmen in besonderem Ausmaß profitiert haben. Das ist aus unserer Sicht ein Fehler gewesen, der im Rahmen einer neuen, evolutorischen Betrachtung korrigiert werden muss. Ein wenig unverständlich ist ferner, dass bisher stets nur Forschung und Entwicklung gefördert wurden; nicht jedoch die Umsetzung der erforschten Ergebnisse in marktgängige Produkte (Innovationen). Aus diesem Grunde sind wichtige Forschungsergebnisse, die von kleinen und mittleren Unternehmen erbracht wurden, volkswirtschaftlich häufig nicht sinnvoll genutzt worden.

Diese finanziellen Hilfen für Forschung, Entwicklung und Innovationen wird es ebenfalls unter den Aspekten einer evolutorischen Wachstumstheorie geben müssen. Die Hilfen sollten aber möglichst auf kleine und mittlere Unternehmen konzentriert werden und – wenn es geht – die Spillover-Effekte fördern und nicht hemmen. Wir müssen im Übrigen im Rahmen der neuen Betrachtungsweise mehr darauf achten, dass wirklich technologisch neue Möglichkeiten gefördert und geschaffen werden. Dies sei nur erwähnt, weil es bisher durch diese Politik häufig Doppelforschung gab und manche neuen Erfindungen keinerlei praktischen Nutzen zeitigten. Zu erwähnen ist hier ferner der Patentschutz, der aus der Sicht der forschenden Großindustrie gar nicht lang genug gewährt werden kann. Zu lange Patentlaufzeiten zementieren jedoch weitere Fortschritte, schaffen Monopolstellungen und begrenzen oder verhindern gar die technologische Entwicklung einer Volkswirtschaft.

Unter den beschriebenen neuen Gesichtspunkten ist ferner stärker als bisher die »Breite« des Patentschutzes zu diskutieren. Um die entsprechenden Anreizwirkungen für den oder die Forscher zu gewähren, reicht es im Allgemeinen aus, bestimmte Schnittstellen oder Kriterien einer neuen Technologie unter Schutz zu stellen. Damit eröffnet man Anderen dann die Möglichkeit, an dieser Entwicklung in umfassenderem Sinne weiterzuarbeiten. Nach wie vor wird es notwendig sein, eine Abwägung zu treffen, und zwar zwischen dem Schutzbedürfnis des Forschers und Innovators und dem Anreiz für Folgeinnovationen. Gerade der letztere Aspekt wird von der evolutorischen Wachstumstheorie stärker betont. Wesentlich für die neue Betrachtungsweise ist eine neue Rolle des Staates. Finanzielle Anreize und Patentschutz werden in abgewandelter Form ihre Berechtigung behalten. Hinzukommen muss für den Staat – und d.h. für Bund, Länder und Kommunen – eine neue Moderatoren-

rolle. Er sollte seine Aktivitäten primär sogar auf die Moderation und Koordination der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen konzentrieren. In diesem Zusammenhang geht es um eine bessere Koordination der Forschungsaktivitäten einmal innerhalb und zwischen Unternehmen, aber auch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Im Rahmen dieser neuen Politik wird der Förderung der Kreativität eines jeden Einzelnen besondere Bedeutung zugemessen. Kreativität ist wichtiger als Effizienz. Was die Unternehmen und Volkswirtschaften in Zukunft unterscheiden wird, sind nach Ansicht von Nefiodow (1996, S. 124 ff.) – wie angedeutet – die »weichen« Produktionsfaktoren wie Kommunikation, bessere Kooperation, Kreativität, Mitverantwortung oder höhere Einsatzbereitschaft, um nur einige zu nennen.

Aus evolutorischer Sicht kommt es ferner darauf an, »Ideenvielfalt« zu fördern und einen »Wettbewerb der Neuerungen« zu initiieren. Hierbei handelt es sich um den sog. »Wissens-Ansatz«, der mit dem fast geflügelten Wort verbunden wird: »wenn Siemens alles wüsste, was Siemens alles weiß«. In den und zwischen den Unternehmen benötigen wir ein besseres Wissensmanagement und über die Unternehmen hinaus die Förderung des Austausches neuer Ideen. Dementsprechend ist die staatliche Politik und insbesondere die Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik darauf auszurichten, eine Ideenvielfalt zu schaffen und dafür zu sorgen, dass diese Ideen gewissermaßen in die Köpfe der richtigen Leute gelangen. Wir brauchen eine Förderung der so genannten gegenseitigen Befruchtungseffekte der technologischen »Spillovers« und der »Cross-fertilization-Effekte«, und dazu gehören u.a. mehr Forschungsk Kooperationen zwischen Unternehmen, der Aufbau von Forschungsnetzwerken, an denen neben den Unternehmen ebenfalls Forschungseinrichtungen und Universitäten beteiligt sind, Technologietransferstellen, die Errichtung von Erfinder- oder Innovationsbörsen und u.E. der Aufbau von regionalen Innovationszirkeln. Alle diese Aufgaben sind nicht unbedingt auf nationaler Ebene zu erledigen; vielfach wäre die Region hierfür viel besser geeignet.

**Zunehmende Bedeutung der Regionen**

Wie wir gesehen haben, gibt es durchaus regionalwirtschaftliche Überlegungen in der neueren Wirtschaftstheorie. Für die Entwicklung der Regionen haben uns heute – wie mir scheint – die Ansätze der evolutorischen Wirtschaftstheorie mehr zu sagen, als die herrschende Neoklassik. Doch leider finden diese Thesen noch immer viel zu wenig Anwendung in der Politikberatung und der aktuellen Politik. Mit diesen Anmerkungen wollten wir dazu einen Anstoß geben.

Noch immer ist es so, dass die Abgrenzungen zwischen den drei Säulen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik stär-

ker gepflegt werden als die Betonung der Gemeinsamkeiten. Das ist bedauerlich. Erste Ansätze der Kooperation sind gemacht, obgleich gerade das Ansehen der Politik als Problemlösungs- bzw. -verminderungsinstitution sehr gering ist und von der Wirtschaft immer wieder in Frage gestellt wird. Von einigen Vertretern dieser Gruppen wird auch gerne »Schwarzer Peter« gespielt, indem eigene Fehler auf andere Gruppen abgeschoben werden. Es kommt hinzu, dass die Möglichkeit zur Problemlösung durch die nationale Politik gerade aufgrund der Globalisierung der Wirtschaft abgenommen hat. Aber nicht im Gegensatz, sondern in Ergänzung zur Globalisierung wird die Bedeutung der Region für die Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft zunehmen. Die Frage, wie die Regionen in Zukunft im konkreten Fall abzugrenzen sind, wird verschieden zu beantworten sein. Zur Region – wie wir sie verstehen – sollte auf alle Fälle eine Universität oder Fachhochschule gehören, und sie sollte etwa den Bezirk einer großen Industrie- und Handelskammer umfassen. Innovative Produkte, innovative Unternehmensstrukturen werden in Zukunft verstärkt in innovativen Regionen mit entsprechendem Kreativitätswettbewerb entstehen. Die jetzige Gliederung der regionalen Gebietskörperschaften wird diesen Anforderungen bisher in keinem Bundesland gerecht.

## Literatur

- Cantner, U. (1995), »Die Quellen des Wachstums. Die neue Wachstumstheorie aus Schumpeterianischer Sicht«, in: *Ansätze für ein neues Denken in der Wirtschaftspolitik*, Hanns-Seidel-Stiftung.
- Dinopoulos, E. (1994), »Schumpeterian Growth Theory: An Overview«, *Osaka City University Economic Review* 29.
- Freeman, C. (1994), »The Economics of Technical Change«, *Cambridge Journal of Economics* 18.
- Hanusch, H. (1995), »Die neue Qualität wirtschaftlichen Wachstums«, in: *Ansätze für neues Denken in der Wirtschaftspolitik*, Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München.
- Hanusch, H. und U. Cantner (1997), »Ansätze einer Schumpeterianischen Wachstumspolitik«, *ifo Studien* 43, 287–308.
- Körner, H. und H. Proff (1998), »Unternehmerische Steuerungssätze für die Wirtschaftspolitik?«, *Wirtschaftsdienst* 1998(1), 33.
- Krugman, P. (1993), *Strategic trade policy and the new international economics*; Cambridge (Mass.).
- Krugman, P. (1996), *Development; geography, and economic theory*, Cambridge (Mass.).
- Krugman, P. (1999), *Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg*, Frankfurt, New York.
- Nefiodow, L. (1996), *Der Sechste Kondratieff*, St. Augustin.
- Nelson, R.R. (1995), »Recent Evolutionary, Theorizing About Economic Change«, *Journal of Economic Literature* XXXIII.
- Schumpeter, J. (1911), *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 1. Aufl., Wien.